

# Mitteilung

## Irritationen um Bürgerrechte, fehlende Informationen und offene Fragen im Stadtausschuss

In der jüngsten Ausschusssitzung kam es zu mehreren Vorgängen, die aus unserer Sicht Anlass zur Kritik geben.

Zu Beginn der Sitzung verwies der Bürgermeister auf die Geschäftsordnung und begrenzte das Fragerecht in der Einwohnerfragestunde auf **eine Frage mit maximal zwei Nachfragen pro Bürger**. Diese Einschränkung wurde mit dem Hinweis begründet, dass das Thema SAZA bereits mehrfach in Ausschüssen behandelt worden sei und die Fragestunde **nicht dazu dienen solle, Stadträte zu beeinflussen**.

Diese Auslegung der Geschäftsordnung wurde von zahlreichen Anwesenden als irritierend empfunden – insbesondere vor dem Hintergrund der Neujahrsansprache des Bürgermeisters im Geiseltalboten, in der er ausdrücklich mehr Bürgernähe angekündigt hatte. In vorangegangenen Ausschüssen bestand zudem stets volles Rederecht für Bürger.

Mit Verwunderung hat auch die Dorfgemeinschaft Roßbach dieses zur Kenntnis genommen. Eigentlich war vorgesehen, seitens der Dorfgemeinschaft einen Kompromissvorschlag zu unterbreiten, der den **Bedürfnissen aller Parteien** entgegenkommt. Stichworte hierbei wären gewesen: Begrenzung der **Tierplätze auf 600.00 unter zwingender Verwendung von emissionsmindernden Maßnahmen** ((z B. durch Einsatz einer Fußbodenheizung und von ImproBed®-Einstreu) für einen Minderungsgrad der Geruchsemissionen um mindestens 35 % und einer Ammoniakemissionsminderung um 55 %; dadurch **weniger Emissionen, weniger Wasserverbrauch, weniger Verkehr, weniger Auswirkungen** auf die Seen als Naherholungsgebiete und **keine Verwahrlosung** des ehemaligen SAZA-Geländes.

Für zusätzliche Irritation sorgte die Aussage des Bürgermeisters, er habe unseren offenen Brief nicht erhalten und wisse nicht, welcher gemeint sei. Der Brief wurde am **26. Januar 2026 an alle Stadträte sowie deren Ausschüsse versendet**. Ausschussmitglied **Ronny Brand** äußerte daraufhin sein Unverständnis, da der Bürgermeister den Brief nachweislich selbst an alle Stadtratsmitglieder weitergeleitet hatte. Dieses Verhalten wurde von mehreren Beteiligten als dem Amt nicht angemessen bewertet.

---

### SAZA: Antrag auf Absetzung abgelehnt

Der Antrag von Frau Rosmeisl, die Tagesordnungspunkte zur SAZA abzusetzen, da diese nicht in allen Ortschaftsräten beraten worden seien, wurde mit zwei Ja-Stimmen, fünf Gegenstimmen und zwei Enthaltungen abgelehnt.

Die Verwaltung verwies darauf, dass Beratungen in den betroffenen Ortschaften Großkayna und Roßbach erfolgt seien.

---

### Einwohnerfragestunde: Zentrale Themen bleiben offen

In der stark begrenzten Fragestunde wurden unter anderem folgende Themen angesprochen:

- **Grundwasserstände und Wasserstände der Seen** – Die Verwaltung bestätigte niedrige Grundwasserstände, ließ jedoch offen, ob eine Problemlage vorliegt.
- **Umsetzung des IGEK** – Das integrierte Gemeindeentwicklungskonzept wurde bislang nicht umgesetzt; eine schriftliche Stellungnahme wurde angekündigt.
- **Erschließung im Bereich MEG** – Der Bebauungsplan hängt weiterhin am noch nicht abgestimmten Erschließungsvertrag.

---

## **Bebauungsplan Nr. 24: Beschlussempfehlung trotz offener Punkte**

Im Mittelpunkt der Sitzung stand der vorhabenbezogene Bebauungsplan Nr. 24 zur Umwandlung einer ehemaligen Schweinemastanlage in eine Hähnchenmastanlage.

Der Investor verpflichtete sich zur Umsetzung einer Tierwohlvariante. Eine spätere Umstellung auf konventionelle Haltung würde dann eine erneute Beschlussfassung erfordern. Zudem wurde zugesichert, dass die Betreibergesellschaft ihren Sitz in Braunsbedra hat und der LKW-Verkehr die Ortslage meiden soll. Diese Zusagen waren jedoch auf Anmerkungen und Fragen der Dorfgemeinschaft Roßbach hin bereits in vorherigen Ausschüssen gemacht worden.

Trotzdem bleiben kritische Punkte:

- Die angepasste Fassung des Durchführungs- und Erschließungsvertrages lag dem Ausschuss nicht vor, da Änderungen nach dem Bauausschuss noch nicht eingearbeitet waren – dennoch wurde die Beschlussempfehlung ausgesprochen.
- Fragen beantwortete der Bürgermeister nicht selbst, sondern überließ diese in seinem Namen dem Anwalt des Investors.
- Kleingartensiedlungen in Lunstädt wurden bei der Geruchsprognose nicht berücksichtigt.
- Fragen aus dem offenen Brief blieben unbeantwortet; eine schriftliche Stellungnahme wurde zugesagt.

Der Durchführungsvertrag, der Abwägungsbeschluss sowie der Satzungsbeschluss wurden dem Stadtrat mehrheitlich zur Beschlussfassung empfohlen.

---

## **Wirtschaftsförderung: Keine Empfehlung**

Die geplante Übertragung der Wirtschaftsförderungsaufgaben an die MITZ GmbH wurde dem Stadtrat nicht zur Beschlussfassung empfohlen.

---

## **Ideen- und Beschwerdemanagement vertagt**

Ein Antrag zur Einrichtung eines digitalen Ideen- und Beschwerdemanagements auf der städtischen Website wurde zurückgestellt und soll überarbeitet erneut eingebracht werden.

---

## **Jugendclub: Deutliche Abweichung bei Förderquote**

Im Rahmen einer Information wurde bekannt, dass die Förderung der zweiten Personalstelle im Jugendclub lediglich rund **25 Prozent** beträgt – nicht 90 Prozent, wie ursprünglich angenommen.

Mehrere Stadträte aller Fraktionen äußerten deutliche Kritik und sahen sich unzureichend informiert. Es steht ein möglicher finanzieller Mehraufwand von über 100.000 Euro im Raum.

---

## **Kita Sonnenschein: Stadt trägt Eigenanteil allein**

Der Eigenanteil der Stadt für den Neubau der Kita Sonnenschein in Höhe von über 800.000 Euro kann nach aktueller Richtlinie nicht durch Fördermittel gedeckt werden.

Mehrere Stadträte kritisierten, dass diese Information nicht aktiv durch den Bürgermeister, sondern erst auf Nachfrage unter Bezugnahme auf einen Pressebericht kommuniziert wurde.

Im Ergebnis wird ein neuer Grundsatzbeschluss zur Kitasanierung erforderlich sein. Der geplante Neubau dürfte damit vorerst nicht weiterverfolgt werden.

---

## **Fazit:**

Die Sitzung hat deutlich gemacht, dass neben inhaltlichen Fragen insbesondere Transparenz, Informationspolitik und der Umgang mit Bürgeranliegen im Mittelpunkt der öffentlichen Wahrnehmung stehen. Gerade vor dem Anspruch einer stärkeren Bürgernähe bedarf es aus unserer Sicht eines verlässlichen und nachvollziehbaren Handelns.